Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Bitte beachten Sie: Wir weisen in den Hinweisen des Tages ausschließlich auf kostenlose Artikel hin. Es kann im weiteren Verlauf trotzdem vorkommen, dass Sie auf Texte stoßen, die sich hinter einer Bezahlschranke befinden. Der Grund dafür: Anbieter von Artikeln haben den kostenlosen Zugang nachträglich eingeschränkt oder/und in kostenpflichtige Angebote umgewandelt.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Argentinien: Warum einfache Zahlen klare Urteile zulassen
2. Orbáns Erbe, Magyars Kurs
3. Wadephul: Iran soll Verhandlungen mit den USA fortsetzen
4. Der notwendige Wandel
5. Die Spaltung zwischen Pentagon und Vatikan
6. Druschba-Pipeline: Russisches Öl fließt wohl ab Dienstag wieder
7. Einkommensteuersenkung kein effektiver Weg, um Wirtschaft zu stärken – Druck auf Investitionen kann sogar Wachstum kosten
8. SPD weist Vorstoß von Merz nach massiven Einschnitten bei der Rente zurück
9. Geheimplan der Merz-Regierung will Hunderttausenden Kindern Hilfe kürzen: Sozialverbände toben
10. Nina Warken plant höhere Belastungen für Pflegeheimbewohner
11. Pflichtarbeit fürs Bürgergeld: Ökonom warnt vor hohem organisatorischem Aufwand
12. Vorwurf der Ausbeutung: Wie Arbeiter für die Fleischindustrie angelockt werden
13. So pfuschen die Nachrichtenleute und die Journalisten …
14. Was betreibt die National Endowment for Democracy wirklich?
15. Jihadi Julian auf dem Weg ins Schlaraffenland

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Argentinien: Warum einfache Zahlen klare Urteile zulassen**
   Es ist kaum zu fassen, was alles zu Argentinien und seinem libertären Präsidenten

verbreitet wird. Der Artikel, den Patrick Kaczmarczyk und ich vor einiger Zeit geschrieben haben, hat für besonders viel Resonanz gesorgt. Einige (wie Poschardt und Stelter, ab Minute 17) glaubten gar, dass sie sich mit der Sache nicht mehr auseinandersetzen müssen, wenn sie nur das Medium, wo dieser Artikel unter anderem erschienen war (nämlich bei Surplus; er ist aber auch auf dieser Seite und bei Makroskop publiziert worden) diskreditieren. Das ist unglaublich billig.
Aber auch in den diversen Foren, die den Artikel und einen Folgeartikel von Patrick Kaczmarczyk in der ZEIT besprechen, findet man unglaublich viele Missverständnisse, die sich leicht ausräumen ließen, wenn alle einmal zuhören würden. Richtige Ideologen wollen sich nicht überzeugen lassen, aber es sicher gibt eine Reihe von Menschen, die ein wirkliches Interesse daran haben, zu verstehen, was in dem Land vor sich geht. Also mache ich noch einmal einen absolut sachlichen Versuch.
Vier Argumente werden nach meiner Beobachtung immer wieder vorgebracht, wenn es um die „Erfolge“ von Präsident Milei geht:
Quelle: Relevante Ökonomik

2. **Orbáns Erbe, Magyars Kurs**
   Nach dem Erdrutschsieg von Péter Magyars Partei Tisza bei der Wahl in Ungarn zeichnen sich erste Differenzen zur Politik der EU und zu Interessen deutscher Konzerne ab. Magyar hat eine feste Verankerung des Landes in EU und NATO zugesagt und die Einführung des Euro in den Blick genommen; zudem setzt er in seinem designierten Kabinett auf Manager großer Konzerne mit transatlantischer Erfahrung. Damit zeichnet sich eine Abkehr von der Zusammenarbeit des scheidenden Ministerpräsidenten Viktor Orbán mit Russland ab. Zugleich kritisiert Magyar Subventionen für Großkonzerne und will die ungarische Wirtschaft diversifizieren; damit geht er auf Distanz zu deutschen Unternehmen, die jahrelang von der politischen und auch finanziellen Unterstützung der Regierung Orbán profitierten. Knapp 6.000 deutsche Unternehmen sind in Ungarn tätig und haben das Land in einen zentralen Teil des industriellen Hinterhofs der Bundesrepublik transformiert. Magyar lehnt zudem den EU-Migrationspakt ab. Brüssel macht Druck: Bis August muss Ungarn 25 Reformauflagen der EU-Kommission erfüllen, um während Orbáns Amtszeit eingefrorene Fördergelder freizubekommen.
   Quelle: German Foreign Policy

   dazu auch: **Wahlsieger Magyar besetzt Schlüsselressorts mit Topmanagern**
   Der designierte Orbán-Nachfolger Péter Magyar hat in Ungarn die ersten Minister seiner künftigen Regierung benannt. Sein Kabinett soll aus 16 Mitgliedern bestehen – darunter Ex-Manager von Vodafone und Shell.
   Der ungarische Wahlsieger Péter Magyar hat die ersten Posten seiner künftigen

Regierung besetzt. In Budapest teilte der Chef der bürgerlichen Tisza-Partei seine Personalentscheidungen mit.
Tisza hatte bei der Parlamentswahl 141 von 199 Mandaten gewonnen und verfügt damit in der neuen Volksvertretung über eine verfassungsändernde Zweidrittelmehrheit. Mit seiner Wahl zum Ministerpräsidenten durch das neue Parlament rechne er am 9. oder 10. Mai, sagte Magyar. Insgesamt werde sein Kabinett aus 16 Ministerinnen und Ministern bestehen.
Quelle: DER SPIEGEL

3. **Wadephul: Iran soll Verhandlungen mit den USA fortsetzen**
   Bundesaußenminister Wadephul hat den Iran aufgerufen, die Verhandlungen mit den USA in der pakistanischen Hauptstadt Islamabad fortzusetzen. Der Krieg müsse schnell beendet werden, sagt Wadephul vor Beratungen der EU-Außenminister in Luxemburg.
   Zudem müsse die sichere Schiffspassage durch die Straße von Hormus wieder gewährleistet sein. Pakistan hat die Verhandlungen vermittelt. Ob es zu einer zweiten direkten Gesprächsrunde in Islamabad kommt, ist aber noch unklar.
   Das Regime in Teheran hat nach eigenen Angaben bislang keine Delegation dorthin entsandt. Es fordert unter anderem ein Ende der US-Blockade iranischer Häfen im Persischen Golf. Die US-Delegation um Vizepräsident Vance steht dagegen laut Medienberichten vor einer Abreise nach Pakistan.
   Die Waffenruhe zwischen beiden Seiten läuft am Mittwochabend Washingtoner Zeit aus. US-Präsident Trump hat bereits deutlich gemacht, dass er sie nicht verlängern will.
   Quelle: Deutschlandfunk

   Anmerkung Christan Reimann: *Das ist gelebte Doppelmoral der Bundesregierung. Der amtierende Bundesaußenminister hat ähnliche diplomatische Fähigkeiten wie seine Amtsvorgängerin, die grüne Frau Baerbock. Seit Amtsantritt lehnt er Gespräche mit Russland nicht lediglich ab, sondern verschärft die Konfrontation mit Aussagen wie Russland werde „immer ein Feind und eine Gefahr für unsere europäische Sicherheit sein“. Bis heute lehnt er jede Diplomatie mit Russland ab. Er verteidigt außerdem weiter die Vorzugsbehandlung für Israel und blockiert erneut das Assoziierungsabkommen mit Israel wegen der Menschenrechtsverletzungen auszusetzen. Bitte lesen Sie dazu z.B. auch bzw. erneut „Russland wird für immer ein Feind für uns bleiben“ – das Feindbild Russland wird noch fester in der deutschen Politik zementiert.*

   dazu auch: **Amnesty: USA verstoßen gegen Völkerrecht**

Amnesty International warnt, dass die Trump-Regierung einen systematischen Angriff auf die Menschenrechte betreibe. Währenddessen schweige Deutschland beim Bruch des Völkerrechts.
Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International wirft der Bundesregierung in ihrem Jahresbericht das Ignorieren des Völkerrechts vor. Sie würde Wirtschafts- und Sicherheitsinteressen priorisieren, sagte die Generalsekretärin von Amnesty Deutschland, Julia Duchrow, am Montag in Berlin.
Etwa hinsichtlich der US-Regierung würde Deutschland eine "Appeasement-Politik", die auf Beschwichtigung abzielt, betreiben. Das sei "geschichtsvergessen" und schwäche die Regeln und Institutionen, die als Konsequenz aus dem Zweiten Weltkrieg geschaffen wurden.
Quelle: ZDF

4. **Der notwendige Wandel**
   Die Kriege gegen Russland und den Iran offenbaren die fundamentalen Mängel der Globalisierung.
   Immer deutlicher tritt das Versagen der Globalisierung zutage. Die Abhängigkeit der Staaten voneinander hat nicht zu mehr Frieden geführt, sondern vielmehr die Krisenanfälligkeit der Staaten — und damit auch die ihrer Bürger — erhöht. Heute drohen Hungersnöte und Versorgungsengpässe infolge von Kriegen, die der Westen bewusst weltweit entfacht — auch in kritischen Regionen. Die Folgen bekommen alle zu spüren. Diese Krisen könnten jedoch auch zu einer notwendigen Einsicht führen und damit einen Anreiz bieten, das wirtschaftliche Modell grundlegend zu ändern. Ohne eine solche Neuorientierung dürften sich die bestehenden Risiken weiter verschärfen.
   Quelle: Manova

   dazu auch: **Amnesty warnt vor „Welt ohne moralische Orientierung"**
   Amnesty-International-Generalsekretärin Agnes Callamard hat gestern anlässlich der Präsentation des Jahresberichts der Organisation in London vor einer „Welt ohne moralische Orientierung" gewarnt.
   Das Jahr 2025 war laut Amnesty geprägt von Angriffen auf den Multilateralismus, das Völkerrecht und die Zivilgesellschaft. Gleichzeitig habe es Widerstand aus der Zivilgesellschaft gegeben. Dem Jahresbericht zufolge tragen vor allem mächtige Staaten, Konzerne und menschenrechtsfeindliche Bewegungen zu dieser Entwicklung bei.
   Quelle: ORF

5. **Die Spaltung zwischen Pentagon und Vatikan**

Von außen betrachtet nehmen wir die Metamorphose der Vereinigten Staaten nicht wahr: In vier Monaten haben sie ihre politische Ideologie (sie sind nicht mehr "jacksonianisch"), ihre militärische Doktrin (sie wenden die "Rumsfeld-Cebrowski"-Strategie nicht mehr an) und ihren Glauben geändert (sie glauben nicht mehr an die Pluralität der Religionen). Wir veröffentlichen eine Studie zu dieser Mutation, die uns zwingt, unsere Wahrnehmung dieses Landes komplett zu überdenken.
Quelle: Seniora.org

6. **Druschba-Pipeline: Russisches Öl fließt wohl ab Dienstag wieder**
Hinter der Druschba-Pipeline steckt mehr als Öl – ein politischer Streit könnte für die Ukraine bald existenzielle Folgen haben.
Die Lieferungen russischen Erdöls an Ungarn und die Slowakei können unter Umständen schon am Dienstag wieder aufgenommen werden. Das geht aus mehreren Medienberichten hervor.
Bloomberg und der polnische Sender TVP World berichteten übereinstimmend, dass für Dienstag technische Tests angekündigt sind. Sie beriefen sich dabei auf Informationen, etwa aus der EU-Kommission. Wenn die Tests erfolgreich verlaufen, soll das Rohöl wieder in Richtung Ungarn und Slowakei fließen.
Quelle: Telepolis

dazu: **Druschba angeblich repariert – Glaubwürdigkeit schwer beschädigt**
Die von Ungarn und der Slowakei geforderten russischen Öllieferungen durch die Druschba-Pipeline können nach Angaben des ukrainischen Präsidenten Selenskyj wieder aufgenommen werden.
Die Ukraine habe die Reparaturarbeiten abgeschlossen, so dass die umstrittene Druschba-Pipeline wieder in Betrieb genommen werden könne, erklärte Selenskyj. Wieso plötzlich alles so schnell ging, konnte der ukrainische Staatschef allerdings nicht sagen. Wochenlang gab es keine Fortschritte, nun geht alles wie von Geisterhand!
Offen blieb auch, wieso EU-Experten bis zuletzt keinen Zugang zu der angeblich durch russischen Beschuss beschädigten Pipeline hatten. Hat Selenskyj etwas zu verbergen?
Quelle: Lost in Europe

dazu auch: **Russland will kasachische Öllieferungen nach Deutschland stoppen**
Bislang liefert Kasachstan über die Druschba-Pipeline Öl nach Ostdeutschland und versorgt damit die Raffinerie in Schwedt. Nun könnten die Lieferungen gestoppt werden.
Russland will Insidern zufolge ab dem 1. Mai den Transit von kasachischem Erdöl über seine Druschba-Pipeline nach Deutschland einstellen. Ein angepasster Exportplan

sei bereits an Kasachstan und Deutschland übermittelt worden, sagten drei mit dem Vorgang vertraute Personen aus der Industrie der Nachrichtenagentur Reuters am Dienstag.
Quelle: Handelsblatt

Anmerkung unseres Lesers J.A.: *Das wäre höchst unfreundlich; schlimmstenfalls könnte es das Aus für die PCK Schwedt bedeuten. Aber andererseits hat sich Deutschland selbst in diese Lage gebracht, indem es die einwandfrei funktionierende Belieferung mit Öl aus eigenem Antrieb gestoppt hat.*

7. **Einkommensteuersenkung kein effektiver Weg, um Wirtschaft zu stärken – Druck auf Investitionen kann sogar Wachstum kosten**
   Die Bundesregierung diskutiert derzeit eine Senkung der Einkommensteuer. Erklärtes Ziel: Die Mittelschicht entlasten und das Wirtschaftswachstum in Deutschland anzukurbeln. Gesamtwirtschaftlich sind die Pläne aber problematisch, ergibt eine neue Analyse des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung. Denn angesichts der großen finanziellen Herausforderungen in den öffentlichen Haushalten würde eine Steuersenkung das Risiko erhöhen, dass die Mittel aus dem Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaschutz (SVIK) für andere Zwecke als Investitionen genutzt werden. Damit würde das im Vergleich zu Steuersenkungen überlegene Wachstumspotenzial riskiert, das darin liegt, den über viele Jahre aufgelaufenen Investitionsstau aufzulösen. Zugleich zeigt die Entwicklung der Einkommensteuerbelastung der vergangenen Jahre, dass keine Notwendigkeit für eine Senkung besteht.
   Quelle: Hans Böckler Stiftung
8. **SPD weist Vorstoß von Merz nach massiven Einschnitten bei der Rente zurück**
   Forderungen von Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) nach drastischen Einschnitten bei der gesetzlichen Rente stoßen beim Koalitionspartner SPD auf Widerstand. “Auf die gesetzliche Rente muss man sich verlassen können”, sagte SPD-Parlamentsgeschäftsführer Dirk Wiese am Dienstag in der Sendung “Frühstart” von RTL und ntv. Merz hatte zuvor auf einer Veranstaltung des Deutschen Bankenverbands gesagt, die gesetzliche Rente könne künftig nicht mehr als eine Basisabsicherung sein.
   Quelle: stern

   dazu: **Merz-Knaller beim Bankenverband: “Rente wird nicht mehr ausreichen, den Lebensstandard zu sichern”**
   Bei seinem Auftritt vor den Bankern nahm der ehemalige BlackRock-Manager die SPD ins Visier. Er “werde heute Abend auch noch einmal mit dem Koalitionspartner sehr

ernsthaft reden", kündigte Merz an. Denn es reiche nicht, "was wir bisher geschaffen haben." Jetzt gelte es, die anstehenden Reformen "sehr schnell" auch durchsetzen. Von der SPD forderte er, "dass sie auch manche Blockade auflösen, die wir in den letzten Wochen und Monaten leider immer wieder gehabt haben." (…)
"Diese Aussage ist inakzeptabel", konterte SPD-Generalsekretär Tim Klüssendorf. "Wer sich strukturellen Reformen immer wieder verweigert und jegliche Vorschläge aus unseren Reihen umgehend blockiert, macht sich absolut unglaubwürdig in der Aufforderung, dass die SPD ihre angebliche Blockadehaltung abgeben solle", echauffierte sich Klüssendorf gegenüber dem Spiegel.
Vor allem die Renten-Ansage des CDU-Chefs erzürnt den Sozialdemoraten. "Wenn der Bundeskanzler die gesetzliche Rente auf eine 'Basisrente' herunter rasieren will, wird er auf den erbitterten Widerstand der Sozialdemokratie treffen", kündigte Klüssendorf an. Die gesetzliche Rente sei für mehr als die Hälfte der Menschen in Deutschland die einzige Alterssicherung, im Osten sogar für drei Viertel aller Menschen.
Quelle: RT DE

Anmerkung Christian Reimann: *Diese Rede wäre unter normalen Umstände Anlass zum Rücktritt bzw. zumindest für Rücktrittsforderungen. Herr Merz redet weiterhin wie der Aufsichtsratsvorsitzende von BlackRock und nicht wie ein Bundeskanzler, der große Teile der Bevölkerung vor Schaden schützt. Wie üblich fordert er mehr Geld für "kapitalgedeckte Elemente einer betrieblichen und privaten Altersversorgung", also für die Finanz- und/oder Versicherungsindustrie. Er kann oder will nicht begreifen, dass viele Bürgerinnen und Bürger sich das finanziell nicht leisten können. Und wenn die SPD nun "erbitterten Widerstand" dagegen verspricht, sei daran erinnert, dass es die rot-grüne Schröder/Fischer-Regierung gewesen ist, die die aktuelle Altersarmut "produziert" hat (Stichwort Riesterrente usw.). Volker Pispers hatte das mehrfach auf der Bühne thematisiert: Volker Pispers – "Die Riester-Rente ist die größte Volksverarschung, die jemals in unserem Land organisiert wurde." Bitte lesen Sie dazu u.a. auch bzw. erneut Die Tagesschau wacht auf: „Sichert die Riester-Rente nur die Banken ab?". Darin enthalten ist eine Auswahl von Artikeln der NachDenkSeiten zum Thema Rente vom 15. Dezember 2003 bis 31. Juli 2023.*

9. **Geheimplan der Merz-Regierung will Hunderttausenden Kindern Hilfe kürzen: Sozialverbände toben**
Erst kürzlich veröffentlichte der Paritätische Gesamtverband ein brisantes Arbeitspapier, das Bund, Länder und kommunale Spitzenverbände seit Dezember 2025 im Geheimen ausgearbeitet haben. Das umfassende Schriftstück trägt den Titel „Effizienter Ressourceneinsatz bei Leistungsgesetzen" und listet mehr als 70

Sparmaßnahmen auf – mit einem Gesamtvolumen von über 8,6 Milliarden Euro im gesamten Sozialbereich.
Quelle: Merkur

10. **Nina Warken plant höhere Belastungen für Pflegeheimbewohner**
Die Gesundheitsministerin verteidigt ihr Sparpaket: »Ich mute den Menschen was zu.« Zum Beispiel soll es schwieriger werden, als pflegebedürftig anerkannt zu werden. Bundesgesundheitsministerin Nina Warken (CDU) plant einem Medienbericht zufolge im Rahmen der Pflegereform deutlich höhere finanzielle Belastungen für Heimbewohner und -bewohnerinnen. Ziel sei es, die Milliardenlöcher in der Pflegeversicherung zu stopfen, berichtete das RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND) vorab unter Berufung auf erste Entwürfe aus Koalitionskreisen.
Demnach sollen die gestaffelten Zuschüsse, mit denen die Eigenanteile der Pflegeheimbewohner gesenkt werden, künftig langsamer anwachsen als bisher. Zudem soll es für Versicherte künftig schwerer werden, überhaupt als pflegebedürftig anerkannt oder in die unteren Pflegegrade eingestuft zu werden, hieß es in dem Bericht weiter. Diese und andere Änderungen dürften die Zahl der anerkannten Pflegebedürftigen insgesamt spürbar senken.
Quelle: Zeit Online
11. **Pflichtarbeit fürs Bürgergeld: Ökonom warnt vor hohem organisatorischem Aufwand**
Die CDU in Sachsen will arbeitsfähige Bürgergeldempfänger Medienberichten zufolge stärker zu gemeinnütziger Arbeit verpflichten. Der Ökonom Oliver Holtemöller vom Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle sieht darin grundsätzlich einen nachvollziehbaren Ansatz – verweist aber zugleich auf erhebliche praktische und wirtschaftliche Probleme. […]
Gemeinnützige Arbeit für Bürgergeldempfänger sei mit “einem erheblichen Organisationsaufwand” verbunden und verursache zusätzliche Kosten für Kommunen. Zudem hätten Studien zu früheren Ein-Euro-Jobs gezeigt, “dass eben die Effekte auf eine spätere Erwerbstätigkeit der betroffenen Menschen eher gering sind”.
Quelle: mdr

Anmerkung unseres Lesers J.A.: *Pflichtarbeit für Bürgergeldempfänger ist für die Kommunen sehr teuer und aufwendig zu organisieren, bringt für die Betroffenen praktisch nichts für eine spätere Erwerbstätigkeit und vernichtet reguläre Stellen. Genau dieselben Argumente und Erfahrungen, wegen derer vor 15 oder 20 Jahren ähnliche Modelle wie Pflichtarbeit oder Ein-Euro-Jobs gestoppt wurden. Also Daumen runter – aber die CDU will diesen Irrsinn ohne Sinn und Verstand wieder aufleben lassen, um die Figur des arbeitsscheuen Hartzers vorführen und Rache und Strafe*

exerzieren zu können.

12. **Vorwurf der Ausbeutung: Wie Arbeiter für die Fleischindustrie angelockt werden**
    Für die deutsche Fleischindustrie werden zunehmend Arbeitskräfte aus sogenannten Drittstaaten angeworben – gegen hohe Vermittlungsgebühren. Hoch verschuldet leben und arbeiten sie dann unter prekären Bedingungen, wie Monitor-Recherchen zeigen. Es sind meistens junge Männer aus Drittstaaten wie Indien und Vietnam, die nach Deutschland kommen. Der deutsche Lohn lockt die Menschen aus Ländern, in denen sie nur einen Bruchteil verdienen.
    Doch der Traum von Europa wird für etliche Menschen aus Drittstaaten zur Falle: Sie geraten offenbar in ausbeuterische Verhältnisse und starke Abhängigkeit.
    Quelle: tagesschau
13. **So pfuschen die Nachrichtenleute und die Journalisten …**
    Mittlerweile ist es bekannt: Verschiedene Schweizer Bundesverwaltungsstellen und Medien versuchen, Ralph Bosshard zu diffamieren und ihn so als freien Informanten und Publizisten zum Schweigen zu bringen. Hier hat Ralph Bosshard, den wir persönlich kennen, er schreibt ja auch regelmäßig für Globalbridge, die Gelegenheit, seine eigene Geschichte zu erzählen und die Vorwürfe, die gegen ihn in der Schweiz erhoben wurden und werden – zum Teil mit personellen Verwechslungen! – zu entkräften.
    Quelle: Globalbridge
14. **Was betreibt die National Endowment for Democracy wirklich?**
    Die National Endowment for Democracy (NED) ist eine Organisation, die seit Langem für ihre Umsturzpläne und Infiltrationen weltweit in der Kritik steht. Kürzlich hat sie ihren Jahresbericht für 2025 veröffentlicht. Dadurch wurde die internationale Aufmerksamkeit erneut auf eine Institution gelenkt, die in Fachkreisen oft als „zweite CIA“ bezeichnet wird. Der Bericht legt offen, in welche Kanäle die US-Gelder für externe Interventionen fließen und wie die Projekte weltweit verteilt sind. Damit liefert das Dokument ein weiteres Indiz dafür, wie die USA unter dem Deckmantel der „Demokratieförderung” faktisch eine tiefgreifende Einmischung in die inneren Angelegenheiten souveräner Staaten betreiben.
    Quelle: German.China.org.cn
15. **Jihadi Julian auf dem Weg ins Schlaraffenland**
    Man kann schon ins Fragen kommen, jetzt, da der Bild-Reporter Julian Röpcke sich in den militärisch-industriellen Komplex absetzt. Ausgerechnet zu einem, seiner Angabe nach, “deutsch-ukrainischen Drohnenbauer”. Wohin dann, das lässt sich aus den Ergebnissen der vergangenen Jahre mühelos ableiten, Millionen deutscher

Steuergelder fließen werden, wenn nicht gleich Milliarden, die dann zu einem guten Teil über die üblichen Wege versickern. Auch wenn das mit dem Highlife in Dubai heute nicht mehr so richtig funktioniert – Jihadi Julian wird sich jedenfalls dorthin auf den Weg machen, wo ihm die gebratenen Tauben in den Mund fliegen.
Dabei hatte er gar nicht mit der Ukraine angefangen. Die tauchte bei ihm auf seinem damaligen Twitter-Account erst im Februar 2014 auf, kurz vor dem Putsch. Von Anfang an mit einer Positionierung. Und eigentlich genügt ein einziger Tweet von ihm, vom 2. Mai 2014, während oder nach dem Massaker von Odessa, um ihn zu charakterisieren:
“Heute Nacht wissen wir: Odessa wird nicht an die pro-Russen fallen ohne ausländische Intervention / wird eine starke ukrainische Stadt bleiben!”
Quelle: Dagmar Henn auf RT DE

Anmerkung Christian Reimann: *Bitte lesen Sie dazu auch „Kriegsprofiteure in den Redaktionsstuben“: Julian Röpcke (BILD) wechselt zu ukrainisch-deutschem Drohnen-Hersteller.*